

# INTERNATIONALE ARBEITSKONFERENZ

---

## **PROTOKOLL VON 2002 ZUM ÜBEREINKOMMEN ÜBER DEN ARBEITSSCHUTZ, 1981**

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation, die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 3. Juni 2002 zu ihrer neunzigsten Tagung zusammengetreten ist, verweist auf die Bestimmungen von Artikel 11 des Übereinkommens über den Arbeitsschutz, 1981 (im Folgenden „das Übereinkommen“ genannt), in dem insbesondere festgestellt wird:

„Zur Durchführung der in Artikel 4 dieses Übereinkommens erwähnten Politik hat die zuständige Stelle bzw. haben die zuständigen Stellen für die fortschreitende Erfüllung der folgenden Aufgaben zu sorgen:

...

- c) die Aufstellung und Anwendung von Verfahren zur Meldung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten durch die Arbeitgeber und gegebenenfalls die Versicherungsträger und andere unmittelbar Beteiligte sowie die Erstellung jährlicher Statistiken über Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten;

...

- e) die jährliche Veröffentlichung von Informationen über die in Verfolgung der in Artikel 4 dieses Übereinkommens erwähnten Politik getroffenen Maßnahmen und über Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und andere Gesundheitsschäden, die sich während oder im Zusammenhang mit der Arbeit ergeben, ...“

weist auf die Notwendigkeit hin, die Verfahren für die Aufzeichnung und Meldung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten zu stärken und die Harmonisierung der Aufzeichnungs- und Meldesysteme zu fördern mit dem Ziel, ihre Ursachen zu ermitteln und Präventivmaßnahmen aufzustellen,

hat beschlossen, verschiedene Anträge zur Aufzeichnung und Meldung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten anzunehmen, eine Frage, die den fünften Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, dass diese Anträge die Form eines Protokolls zum Übereinkommen über den Arbeitsschutz, 1981, erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 20. Juni 2002, das folgende Protokoll an, das als Protokoll von 2002 zum Übereinkommen über den Arbeitsschutz, 1981, bezeichnet wird.

### I. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

#### *Artikel 1*

Im Sinne dieses Protokolls:

- a) bezeichnet der Ausdruck „Arbeitsunfall“ ein Vorkommnis, das sich aus oder im Verlauf der Arbeit ergibt und zu einer Verletzung mit oder ohne Todesfolge führt;
- b) bezeichnet der Ausdruck „Berufskrankheit“ jede Krankheit, die Folge einer Einwirkung von Risikofaktoren ist, die sich aus einer beruflichen Tätigkeit ergeben;

- c) bezeichnet der Ausdruck „gefährliches Vorkommnis“ ein leicht bestimmbares Ereignis, wie es in der innerstaatlichen Gesetzgebung definiert wird, das eine Verletzung oder Erkrankung von Personen bei der Arbeit oder in der Öffentlichkeit verursachen kann;
- d) bezeichnet der Ausdruck „Wegeunfall“ einen Unfall, der zum Tod oder zu einer Körperverletzung führt und sich auf der direkten Wegstrecke zwischen der Arbeitsstelle und:
  - i) dem Haupt- oder Zweitwohnsitz des Arbeitnehmers ereignet; oder
  - ii) dem Ort, an dem der Arbeitnehmer gewöhnlich eine Mahlzeit einnimmt; oder
  - iii) dem Ort, an dem der Arbeitnehmer gewöhnlich sein Entgelt bezieht.

## II. SYSTEME FÜR DIE AUFZEICHNUNG UND MELDUNG

### *Artikel 2*

Die zuständige Stelle hat durch die Gesetzgebung oder eine andere den innerstaatlichen Verhältnissen und Gepflogenheiten entsprechende Methode und in Beratung mit den maßgebenden Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Erfordernisse und Verfahren:

- a) für die Aufzeichnung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und gegebenenfalls gefährlichen Vorkommnissen, Wegeunfällen und Fällen, in denen Verdacht auf eine Berufskrankheit besteht; und
  - b) für die Meldung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und gegebenenfalls gefährlichen Vorkommnissen, Wegeunfällen und Fällen, in denen Verdacht auf eine Berufskrankheit besteht,
- festzulegen und in regelmäßigen Zeitabständen zu überprüfen.

### *Artikel 3*

Die Erfordernisse und Verfahren für die Aufzeichnung haben festzulegen:

- a) die Pflicht der Arbeitgeber:
  - i) Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und gegebenenfalls gefährliche Vorkommnisse, Wegeunfälle und Fälle, in denen Verdacht auf eine Berufskrankheit besteht, aufzuzeichnen;
  - ii) die Arbeitnehmer und ihre Vertreter in zweckentsprechender Weise über das Aufzeichnungssystem zu informieren;
  - iii) die ordnungsgemäße Führung dieser Aufzeichnungen und ihre Verwendung für die Aufstellung von Präventivmaßnahmen sicherzustellen; und
  - iv) von Vergeltungs- oder Disziplinarmaßnahmen gegen einen Arbeitnehmer abzusehen, der einen Arbeitsunfall, eine Berufskrankheit, ein gefährliches Vorkommnis, einen Wegeunfall oder einen Fall, in dem Verdacht auf eine Berufskrankheit besteht, gemeldet hat;
- b) die aufzuzeichnenden Angaben;
- c) die Dauer der Aufbewahrung dieser Aufzeichnungen; und
- d) Maßnahmen, um die Vertraulichkeit von personenbezogenen und medizinischen Daten, die sich im Besitz des Arbeitgebers befinden, in Übereinstimmung mit der innerstaat-

lichen Gesetzgebung und den innerstaatlichen Verhältnissen und Gepflogenheiten sicherzustellen.

#### *Artikel 4*

Die Erfordernisse und Verfahren für die Meldung haben festzulegen:

- a) die Pflicht der Arbeitgeber:
  - i) den zuständigen Stellen oder anderen bezeichneten Gremien Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und gegebenenfalls gefährliche Vorkommnisse, Wegeunfälle und Fälle, in denen Verdacht auf eine Berufskrankheit besteht, zu melden; und
  - ii) die Arbeitnehmer und ihre Vertreter in zweckentsprechender Weise über die gemeldeten Fälle zu informieren;
- b) soweit angebracht, Vorkehrungen für die Meldung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten durch Versicherungsträger, betriebsärztliche Dienste, Ärzte und andere unmittelbar betroffene Stellen;
- c) die Kriterien, nach denen Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und gegebenenfalls gefährliche Vorkommnisse, Wegeunfälle und Fälle, in denen Verdacht auf eine Berufskrankheit besteht, zu melden sind; und
- d) die Meldefristen.

#### *Artikel 5*

Die Meldung hat Angaben zu enthalten über:

- a) das Unternehmen, den Betrieb und den Arbeitgeber;
- b) gegebenenfalls die verletzten Personen und die Art der Verletzungen oder der Krankheit; und
- c) die Arbeitsstätte, die Umstände des Unfalls oder des gefährlichen Vorkommnisses und, im Fall einer Berufskrankheit, die Umstände der Exposition gegenüber Gesundheitsgefahren.

### III. INNERSTAATLICHE STATISTIKEN

#### *Artikel 6*

Jedes Mitglied, das dieses Protokoll ratifiziert, hat auf der Grundlage der Meldungen und sonstiger vorliegender Informationen jedes Jahr für das ganze Land repräsentative Statistiken über Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und gegebenenfalls gefährliche Vorkommnisse und Wegeunfälle sowie deren Analysen zu veröffentlichen.

#### *Artikel 7*

Die Statistiken sind nach Klassifikationssystemen zu erstellen, die mit den neuesten relevanten internationalen Systemen, die unter der Schirmherrschaft der Internationalen Arbeitsorganisation oder anderer zuständiger internationaler Organisationen aufgestellt worden sind, vereinbar sind.

#### IV. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

##### *Artikel 8*

1. Ein Mitglied kann dieses Protokoll gleichzeitig mit der Ratifikation des Übereinkommens oder jederzeit danach durch Mitteilung seiner förmlichen Ratifikation des Protokolls an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung ratifizieren.

2. Das Protokoll tritt, zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind, in Kraft. In der Folge tritt dieses Protokoll für das Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation durch den Generaldirektor in Kraft, und das Übereinkommen bindet das betreffende Mitglied unter Einbeziehung der Artikel 1 bis 7 dieses Protokolls.

##### *Artikel 9*

1. Ein Mitglied, das dieses Protokoll ratifiziert hat, kann es, wann immer das Übereinkommen gemäß dessen Artikel 25 gekündigt werden kann, durch förmliche Mitteilung an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen.

2. Die Kündigung des Übereinkommens gemäß dessen Artikel 25 durch ein Mitglied, das dieses Protokoll ratifiziert hat, hat ohne Weiteres die Wirkung einer Kündigung dieses Protokolls.

3. Jede Kündigung dieses Protokolls gemäß den Absätzen 1 oder 2 dieses Artikels wird erst ein Jahr nach der Eintragung wirksam.

##### *Artikel 10*

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, zu dem dieses Protokoll in Kraft tritt.

##### *Artikel 11*

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

##### *Artikel 12*

Der französische und der englische Wortlaut dieses Protokolls sind in gleicher Weise verbindlich.

## TEIL I. GELTUNGSBEREICH, BEGRIFFSBESTIMMUNG UND ANWENDUNG

### *Artikel 1*

1. Jedes Mitglied, das dieses Protokoll ratifiziert, hat die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens über die Arbeitsaufsicht, 1947 (nachstehend „das Übereinkommen“ genannt), auf Tätigkeiten im nichtkommerziellen Dienstleistungssektor auszudehnen.

2. Der Ausdruck „Tätigkeiten im nichtkommerziellen Dienstleistungssektor“ bezieht sich auf Tätigkeiten in allen Kategorien von Arbeitsstätten, die nicht als gewerbliche Betriebe oder Handelsbetriebe im Sinne des Übereinkommens angesehen werden.

3. Dieses Protokoll gilt für alle Arbeitsplätze, die nicht schon in den Geltungsbereich des Übereinkommens fallen.

### *Artikel 2*

1. Ein Mitglied, das dieses Protokoll ratifiziert, kann durch eine seiner Ratifikationsurkunde beigefügte Erklärung die folgenden Kategorien ganz oder teilweise aus seinem Geltungsbereich ausnehmen:

- a) wesentliche nationale (bundes-)staatliche Verwaltungen;
- b) die Streitkräfte, gleich ob militärisches oder ziviles Personal;
- c) die Polizei und andere Dienste der öffentlichen Sicherheit;
- d) Gefängnisdienste, gleich ob Gefängnispersonal oder Gefangene, wenn sie Arbeit verrichten,

falls die Anwendung des Übereinkommens auf irgendeine dieser Kategorien besondere Probleme von erheblicher Bedeutung aufwerfen würde.

2. Bevor das Mitglied von der in Absatz 1 gebotenen Möglichkeit Gebrauch macht, hat es die maßgebenden Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer oder, falls solche Verbände nicht bestehen, die Vertreter der in Betracht kommenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer anzuhören.

3. Ein Mitglied, das eine Erklärung gemäß Absatz 1 abgegeben hat, hat nach der Ratifizierung dieses Protokolls in seinem nächsten Bericht über die Durchführung des Übereinkommens nach Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation die Gründe für die Ausnahme anzugeben und, soweit möglich, andere Aufsichtsvorkehrungen für die auf diese Weise ausgenommenen Kategorien vorzusehen. In späteren Berichten hat es alle Maßnahmen anzugeben, die es gegebenenfalls getroffen hat, um die Bestimmungen des Protokolls auf diese Kategorien auszudehnen.

4. Ein Mitglied, das eine Erklärung gemäß Absatz 1 abgegeben hat, kann diese Erklärung durch eine spätere Erklärung gemäß den Bestimmungen dieses Artikels jederzeit ändern oder widerrufen.

### *Artikel 3*

1. Die Bestimmungen dieses Protokolls sind durch die innerstaatliche Gesetzgebung oder durch andere der innerstaatlichen Praxis entsprechende Mittel durchzuführen.

2. Die Maßnahmen zur Durchführung dieses Protokolls sind in Beratung mit den maßgebenden Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer oder, falls solche Verbände nicht bestehen, mit den Vertretern der in Betracht kommenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer auszuarbeiten.

## TEIL II BESONDERE VORKEHRUNGEN

### *Artikel 4*

1. Ein Mitglied kann besondere Vorkehrungen für die Besichtigung der Arbeitsplätze der wesentlichen nationalen (bundes-)staatlichen Verwaltungen, der Streitkräfte, der Polizei und anderer Dienste der öffentlichen Sicherheit sowie der Gefängnisdienste treffen, um die Befugnisse der Arbeitsinspektoren, wie sie in Artikel 12 des Übereinkommens vorgesehen sind, zu regeln in Bezug auf:

- a) den Zutritt für Inspektoren nur nach einer entsprechenden Sicherheitsüberprüfung;
- b) die Besichtigung nach Anmeldung;
- c) die Befugnis, die Vorlage vertraulicher Unterlagen zu verlangen;
- d) die Mitnahme vertraulicher Unterlagen;
- e) die Entnahme und Analyse von Material- und Stoffproben.

2. Das Mitglied kann ferner besondere Vorkehrungen für die Besichtigung der Arbeitsplätze der Streitkräfte und der Polizei und anderer Dienste der öffentlichen Sicherheit treffen, um eine oder mehrere der folgenden Beschränkungen der Befugnisse der Arbeitsinspektoren zu gestatten:

- a) Beschränkung der Besichtigung während Manövern oder Übungen;
- b) Beschränkung oder Verbot der Besichtigung von Fronteinheiten oder Einheiten im aktiven Dienst;
- c) Beschränkung oder Verbot der Besichtigung während erklärter Spannungszeiten;
- d) Begrenzung der Besichtigung des Transports von Sprengstoffen und Waffen zu militärischen Zwecken.

3. Das Mitglied kann ferner besondere Vorkehrungen für die Besichtigung der Arbeitsplätze der Gefängnisdienste treffen, um eine Beschränkung der Besichtigung während erklärter Spannungszeiten zu gestatten.

4. Bevor ein Mitglied von einer oder mehreren der in den Absätzen 1, 2 und 3 vorgesehenen besonderen Vorkehrungen Gebrauch macht, hat es die maßgebenden Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer oder, falls solche Verbände nicht bestehen, die Vertreter der in Betracht kommenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer anzuhören.

### *Artikel 5*

Das Mitglied kann besondere Vorkehrungen für die Besichtigung der Arbeitsplätze der Feuerwehren und anderer Rettungsdienste treffen, um die Beschränkung der Besichtigung während der Bekämpfung eines Brandes oder während Rettungs- oder sonstiger Notfallaktionen zu gestatten. In derartigen Fällen hat die Arbeitsaufsicht solche Aktionen in regelmäßigen Zeitabständen und nach jedem erheblichen Vorfall zu überprüfen.

### *Artikel 6*

Die Arbeitsaufsicht muss in der Lage sein, Rat zu erteilen bei der Festlegung wirksamer Maßnahmen zur Herabsetzung von Risiken während der Ausbildung für möglicherweise gefährliche Arbeiten auf ein Mindestmaß und an der Überwachung der Durchführung dieser Maßnahmen mitzuwirken.

### TEIL III. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

#### *Artikel 7*

1. Ein Mitglied kann dieses Protokoll gleichzeitig mit der Ratifikation des Übereinkommens oder jederzeit danach durch Mitteilung seiner förmlichen Ratifikation des Protokolls an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung ratifizieren.

2. Das Protokoll tritt, zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind, in Kraft. In der Folge tritt dieses Protokoll für das Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation durch den Generaldirektor in Kraft, und danach bindet das Übereinkommen das betreffende Mitglied unter Einbeziehung der Artikel 1 bis 6 dieses Protokolls.

#### *Artikel 8*

1. Ein Mitglied, das dieses Protokoll ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren seit seinem erstmaligen Inkrafttreten durch förmliche Mitteilung an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Sie wird erst ein Jahr nach der Eintragung wirksam.

2. Jedes Mitglied, das dieses Protokoll ratifiziert hat und binnen eines Jahres nach Ablauf der in Absatz 1 genannten zehn Jahre von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für weitere zehn Jahre gebunden. In der Folge kann es dieses Protokoll jeweils nach Ablauf von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

#### *Artikel 9*

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen dieses Protokolls.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation dieses Protokolls Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, zu dem dieses Protokoll in Kraft tritt.

3. Der Generaldirektor übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle Ratifikationen und Kündigungen dieses Protokolls.

#### *Artikel 10*

Der französische und der englische Wortlaut dieses Protokolls sind in gleicher Weise verbindlich.